

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort	VII
Schnellübersicht	IX
Musterübersicht	XLIII
Abkürzungsverzeichnis	LIII
Allgemeines Literaturverzeichnis	LXI

Teil 1 Vermögens- und Nachlassplanung in der Beratung

§ 1 Grundüberlegungen zur Beratung (Steiner)

I. Der Mandant im Mittelpunkt ganzheitlicher Beratung	2
1. Erwartungen des Mandanten und Anforderungen an den Berater	2
2. Nachlassplanung als erbrechtsübergreifende Aufgabe	4
3. Marketing	6
4. Aufgabenprofil und Qualitätssicherung	8
II. Methodik der Nachlassplanung	9
1. Gestaltungs-, Risiko- und Abwicklungsplanung	9
2. Fünf Arbeitsschritte	10
3. Praktische Einschränkungen des idealtypischen Arbeitsganges	13
III. Interessenkollision	13
1. Rechtsgrundlagen	13
2. Rechtsfolgen	15
3. Fallgruppen der Interessenkollision im erbrechtlichen Mandat	16
IV. Haftung	18
1. Rechtsgrundlagen	18
2. Pflichten, Verschuldensmaßstab, Beweislast, Mitverschulden	19
3. Haftende Personen	20
4. Verjährung	20
5. Typische Haftungsrisiken im Erbrecht	21
6. Möglichkeiten der Haftungsbeschränkung	23
7. Haftpflichtversicherung und Verhalten im Haftungsfall	27

§ 2 Gebühren in Erbsachen (Ruby)

I. Grundlegende Hinweise	29
II. Honorar für Beratung, Gutachten, Mediation	31
1. Beratung	31
2. Gutachten	34
3. Mediation	34

	Seite
III. Vergütungsvereinbarung	34
1. Zulässigkeit	34
2. Form	35
3. Hinweispflicht	36
4. Ausgestaltung	36
5. Erfolgshonorar	38
6. Checkliste	38
IV. Gegenstandswert	40
1. Gerichtsverfahren	40
2. Außergerichtliche Tätigkeit	40
V. ABC der Gegenstandswerte	41
VI. Außergerichtliche Vertretung	46
1. Gebührentatbestände	46
2. Abgeltungsbereich der Gebühren	47
3. Mehrere Auftraggeber	47
VII. Gerichtliche Vertretung	49
1. Gebühren	49
2. Abgeltungsbereich der Gebühren	49
3. Mehrere Auftraggeber	50
VIII. ABC der Anwaltsgebühren beim erbrechtlichen Mandat	50
IX. Rechtsschutz	56
X. Vergütung in Steuersachen	56
XI. ABC der GNotKG-Gebühren	57

Teil 2 Vorweggenommene Erbfolge

§ 3 Lebzeitige Übertragung als Instrument der Vermögensnachfolge (Grötsch)

I. Die vorweggenommene Erbfolge im System der Nachlassplanung	62
1. Begriff und Bedeutung der vorweggenommenen Erbfolge	62
2. Fallgruppen und rechtliche Instrumente der Vermögensübertragung	62
II. Vor- und Nachteile lebzeitiger Vermögensübertragung	69
1. Vorteile	70
2. Nachteile	71
3. Entscheidungshilfen	72
III. Besonderheiten bei Beteiligung Minderjähriger	74
1. Durchführung der Zuwendung	75
2. Verwaltung	77
3. Haftung des Minderjährigen	78
4. Sicherung des Einflusses der Übergeber	78
IV. Gegenleistungen des Übernehmers	79
1. Abstandszahlungen	79
2. Gleichstellungsgelder	80
3. Übernahme von Schulden	80

§ 4 Absicherung des Übergebers

(Grötsch)

	Seite
I. Notwendigkeit der Absicherung	82
II. Versorgung des Übergebers und Dritter	83
1. Nutzungsvorbehalte	83
2. Wiederkehrende Leistungen	87
III. Rückforderungsrechte und Weiterübertragung	91
1. Gesetzliche Rückforderungsrechte	91
2. Vertragliche Rückforderungsrechte	92
3. Verpflichtung zur Weiterübertragung	98
4. Verfügungsrechte des Übergebers	99

Teil 3

Gestaltung letztwilliger Verfügungen

§ 5 Testier(un)fähigkeit und Grenzen der Testierfreiheit

(von Morgen/Cording)

I. Testierfähigkeit	103
1. Bedeutung der Testierfähigkeit für die erbrechtliche Praxis	103
2. Begriff und Systematik	105
3. Psychiatrische Kriterien zur Beurteilung der Testier(un)fähigkeit	118
4. Vorgehen bei zweifelhafter Testierfähigkeit	130
5. Maßnahmen des vorbeugenden Selbstschutzes vor den Folgen späterer Geistesschwäche	136
II. Grenzen der Testierfreiheit	138
1. Grundsatz der Testierfreiheit	138
2. Erweiterung der Testierfreiheit durch die Rechtswahlmöglichkeit der EuErbVO	139
3. Gesetzliche Beschränkungen	140
4. Beschränkungen durch Selbstbindung des Erblassers	146

§ 6 Formen letztwilliger Verfügungen

(Kappler)

I. Errichtung einer Verfügung von Todes wegen	150
1. Formen der Verfügungen von Todes wegen	150
2. Öffentliches Testament	154
3. Eigenhändiges Testament	164
4. Außerordentliche Testamentsformen – Nottestamente	177
II. Widerruf und Anfechtung einer Verfügung von Todes wegen	182
1. Widerruf einer Verfügung von Todes wegen	182
2. Anfechtung einer Verfügung von Todes wegen	191
III. Der Erbvertrag	201
1. Rechtsnatur des Erbvertrags	201
2. Erbvertrag in Abgrenzung zum Testament	201
3. Voraussetzungen für den Abschluss eines Erbvertrags	202
4. Arten des Erbvertrags	203
5. Aufhebungs- und Bindungswirkung des Erbvertrags	204

	Seite
6. Beseitigung der Bindungswirkung	206
7. Aufhebung und Rücktritt beim Erbvertrag	212
8. Form des Erbvertrags, Kosten nach GNotKG	219
9. Verbindung des Erbvertrags mit einem Ehevertrag	220
10. Wirkung des Erbvertrags auf lebzeitige Verfügungen	220
11. Verwahrung des Erbvertrags und Rückgabe aus der Verwahrung	222
IV. Hinterlegung, Ablieferung, Eröffnung des Testaments	223
1. Hinterlegung	223
2. Ablieferung des Testaments	224
3. Eröffnung des Testaments	225
V. Auslegung einer Verfügung von Todes wegen	226
1. Grundsätze der Auslegung einer Verfügung von Todes wegen	227
2. Auslegungsmethoden	228
3. Ergänzende Auslegung	231
4. Gesetzliche Auslegungs- und Ergänzungsvorschriften	234
5. Wohlwollende Auslegung	236
6. Übersicht: Auslegung letztwilliger Verfügungen	237
7. Auslegung und Prozessrecht	237
8. Auslegungsvertrag	238
VI. Schenkungsversprechen von Todes wegen, § 2301 BGB	239
1. Abgrenzung zu den Verfügungen von Todes wegen	239
2. Überlebensbedingung	239
3. Vollzogene Schenkung auf den Todesfall, § 2301 Abs. 2 BGB	241
VII. Vertrag zugunsten Dritter auf den Todesfall	243
1. Dogmatische Einordnung	243
2. Einzelfälle von Verträgen zugunsten Dritter auf den Todesfall	244

§ 7 Erbeinsetzung und Ersatzerbschaft (Grötsch)

I. Allgemeines	246
II. Checkliste für das erste Beratungsgespräch	247
III. Gestaltungsempfehlungen	247
IV. Unterscheidung zwischen Erbeinsetzung, Vermächtnis und Teilungsanordnung (§ 2087 BGB)	248
1. Grundsätze	248
2. Ausnahmen	250
3. Auslegungshilfen	250
4. Maßgeblicher Zeitpunkt	251
5. Einzelfälle aus der Praxis	252
V. Einsetzung auf einen Bruchteil (§ 2088 BGB)	254
VI. Erhöhung und Minderung der Bruchteile (§§ 2089, 2090 BGB)	254
VII. Unbestimmte Erbteile (§ 2091 BGB)	254
VIII. Teilweise Einsetzung auf Bruchteile (§ 2092 BGB)	255
IX. Gemeinschaftlicher Erbteil (§ 2093 BGB)	255

X. Anwachsung (§§ 2094, 2095 BGB)	256
XI. Die Ersatzerbschaft (§ 2096 BGB)	257
1. Regelung unverzichtbar	257
2. Zweifelsfälle aus der Praxis	258
3. Die Rechtsstellung des Ersatzerben	259
4. Die Ersatzerbschaft als Gestaltungsmittel	261
5. Auslegungsregeln (§§ 2097 ff. BGB)	263

§ 8 Vor- und Nacherbschaft (Edenfeld)

I. Vorbemerkung	265
II. Anordnung der Vor- und Nacherbschaft durch Verfügung von Todes wegen	267
1. Notwendiger Inhalt der Verfügung von Todes wegen	267
2. Die Gestaltungsfreiheit des Erblassers	268
3. Die Auslegung der Verfügung von Todes wegen	272
III. Rechtliche Stellung des Vorerben	277
1. Verfügung über Nachlassgegenstände	278
2. Verwaltung des Nachlasses	285
3. Der befreite Vorerbe	288
IV. Rechtsposition des Nacherben	290
1. Stellung des Nacherben während der Dauer der Vorerbschaft	290
2. Stellung des Nacherben bei Eintritt des Nacherbfalls	296
V. Zusammenfassung	302

§ 9 Auflage (Trilsch)

I. Allgemeines	303
II. Abgrenzung zu anderen Rechtsinstituten	304
1. Auflage	304
2. Vermächtnis	304
3. Bedingung	305
4. Wunsch	305
5. Testamentsvollstreckung	306
III. Vor- und Nachteile der Auflage	306
IV. Inhalt der Auflage	307
1. Vermögensrechtlicher Inhalt	307
2. Nichtvermögensrechtlicher Inhalt	307
3. Die Zweckauflage	307
4. Grenzen der Auflage	308
V. Beschwerter der Auflage	309
VI. Auflagenbegünstigter	310
VII. Vollziehungsberechtigter	311
1. Erbe	311

2. Wegfallbegünstigter	312
3. Testamentsvollstrecker	312
4. Behörde	312
VIII. Gestaltungsmöglichkeiten für Auflagen	313
IX. Unwirksamkeit der Auflage	317
X. Unmöglichkeit der Vollziehung einer Auflage	318
XI. Steuerliche Auswirkungen	318

§ 10 Vermächtnis

(Nienaber/Schmitz)

I. Vorbemerkung und Einführung	323
1. Allgemeines	323
2. Checkliste für die Beratung des Erblassers	324
II. Das Vermächtnis im Verhältnis zu anderen erbrechtlichen Gestaltungsformen	325
1. Das Vorausvermächtnis und die Teilungsanordnung	325
2. Das Vermächtnis und die Teilungsanordnung	329
3. Das Vermächtnis und die Auflage	330
4. Die Abgrenzung zwischen Vermächtnis und Erbeinsetzung bei nicht eindeutiger letztwilliger Verfügung	330
III. Die Person des Bedachten	332
1. Die Bestimmung des Vermächtnisnehmers durch den Erblasser	332
2. Die Bestimmung des Vermächtnisnehmers durch Dritte	333
3. Die Person des Vermächtnisnehmers bei besonderen Vermächtnisarten	337
IV. Die Person des Beschwerten	342
1. Der Erbe	342
2. Der Vermächtnisnehmer	342
3. Der Begünstigte einer Schenkung von Todes wegen	343
4. Mehrere Beschwerte	343
5. Der Wegfall des Beschwerten	343
V. Der Vermächtnisgegenstand	344
1. Das Stückvermächtnis	344
2. Das Verschaffungsvermächtnis	346
3. Das Wahlvermächtnis	348
4. Das Gattungsvermächtnis	348
5. Das Zweckvermächtnis	349
6. Das Universalvermächtnis	350
7. Das Unternehmen als Vermächtnisgegenstand	350
8. Das Nießbrauchsvermächtnis	353
9. Forderungsvermächtnis	361
10. Das digitale Vermächtnis	362
11. Die Nutzungen und Früchte des Vermächtnisgegenstandes	363
VI. Die Wirksamkeit des Vermächtnisses	364
VII. Erwerb des Vermächtnisses	365
1. Der Anfall des Vermächtnisses	365
2. Die Fälligkeit des Vermächtnisses	366

3. Verjährung des Vermächtnisses	367
4. Annahme und Ausschlagung des Vermächtnisses	367
VIII. Haftungsfragen	369
1. Die Haftung des Erben	369
2. Die Haftung des beschwerten Vermächtnisnehmers	372
3. Die Haftung bei einer Mehrheit von Beschwerten	374
4. Die Haftung des Beschwerten bei Vorerfüllung des Erblassers	375
5. Die Haftung des Testamentsvollstreckers gegenüber dem Vermächtnisnehmer	375
6. Die Haftung des Vermächtnisnehmers selbst	376
IX. Erfüllung des Vermächtnisses	378
1. Allgemeines	378
2. Auskunftsanspruch des Bedachten	379
3. Erfüllung durch Dritte bzw. den Erblasser	380
4. Die Sicherung des Vermächtnisanspruchs	380
5. Die Sicherungsmöglichkeiten aufgrund besonderer Anordnungen des Erblassers	381
6. Der Vermächtniserfüllungsvertrag	383
7. Erfüllung von Vermächtnissen zugunsten Minderjähriger	383
8. Gerichtliche Durchsetzung von Vermächtnisansprüchen	384
9. Nachlasspflegschaft bei der Durchsetzung von Vermächtnisansprüchen gegen unbekannte Erben	385
X. Die steuerrechtliche Behandlung des Vermächtnisses	385
1. Erbschaftsteuer	385
2. Einkommensteuer	386
3. Besonderheiten beim Nachvermächtnis und beim bedingten Vermächtnis	387
4. Steuerliche Fragen beim Nießbrauchsvermächtnis	387
5. Besonderheiten beim Rentenvermächtnis	388
6. Steuerliche Fragen im Kontext des sog. Berliner Testaments	388
XI. Das Vermächtnis in der Insolvenz	390

§ 11 Gemeinschaftliches Testament (Edenfeld)

I. Vorbemerkung	392
II. Errichtung	392
1. Beteiligte	393
2. Form	394
3. Errichtungszusammenhang	397
4. Allein gegenseitige Erbeinsetzung	399
III. Das gegenseitige gemeinschaftliche Testament	400
1. Gestaltungsmöglichkeiten der Erblasser	400
2. Trennungslösung	404
3. Berliner Testament	407
IV. Wechselbezügliche Verfügungen	418
1. Wechselbezüglichkeit	418
2. Widerruf wechselbezüglicher Verfügungen	422
3. Schutz der Endbedachten vor lebzeitigen Verfügungen des überlebenden Ehegatten	431
V. Zusammenfassung	433

§ 12 Behinderten- und Bedürftigentestament

(Krauß)

	Seite
I. Gestaltungsaufgaben und -ziele	436
II. „Enterbungslösung“?	438
III. „Auflagenlösung“?	439
IV. Vermächtnislösungen	439
1. Vorteile	439
2. Vor- und Nachvermächtnis	441
3. Überleitbarkeit des Ausschlagungsrechts?	443
V. „Klassische“ Erbschaftslösung: Destinatär als Mitvorerbe, Testamentsvollstreckung	444
1. Gestaltungselemente	444
2. Gefährdungen	447
3. Begleitende Anordnungen	456
4. Sozialrechtliche Wertung	458
5. Zivilrechtliche Wertung	459
VI. Variante I der Erbschaftslösung: Destinatär als alleiniger Vorerbe	460
VII. Variante II der Erbschaftslösung: Destinatär als Mitnacherbe	461
VIII. Das „Bedürftigentestament“	461
1. Erbschaftslösungen	461
2. Vermächtnislösungen	464
3. Aufhebung der Beschränkungen	465

§ 13 Nichteheliche Partner im Erbrecht

(Krauß)

I. Gesetzliches Erbrecht für nichteheliche Partner und gemeinschaftliche Kinder . . .	477
1. Erbrecht der nichtehelichen Partner	477
2. Erbrecht der gemeinschaftlichen Kinder	479
II. Erbrecht durch letztwillige Verfügung	489
1. Gestaltungsmittel	489
2. Regelungsinhalte	492
3. Berücksichtigung der familiären und persönlichen Situation	500
III. Beschränkungen der Testierfreiheit	512
1. Bindung durch gesetzliche Erbrechte	512
2. Bindung durch letztwillige Verfügung aus früheren Verbindungen	515
3. „Erbentzug“ wegen nichtehelichen Zusammenlebens?	516
IV. Lebzeitige Zuwendungen nichtehelicher Partner	517
1. Zivilrichterliche Rückabwicklung	518
2. Schenkungsteuer	522
3. Gestaltungsalternativen	522
4. Ansprüche Dritter aufgrund lebensgemeinschaftsbedingter Zuwendungen	532
5. §§ 2287 f. BGB	534
V. Schenkung- und Erbschaftsteuer unter nichtehelichen Lebensgefährten	534
VI. Erbrecht der eingetragenen Lebenspartner	536
1. Gesetzliches Erbrecht	536

	Seite
2. Gewillkürtes Erbrecht	538
3. Schenkung- und Erbschaftsteuer	539

§ 14 Minderjährige Erben (Fröhler)

I. Der Begriff des minderjährigen Kindes	542
II. Lebzeitige Zuwendungen mittels vorweggenommener Erbfolge	543
1. Ausgangsdifferenzierung	543
2. Kinder unter sieben Jahren	543
3. Sieben- bis 17-jährige Kinder	544
4. Lediglich-rechtlicher Vorteil	545
III. Gestaltung durch Verfügung von Todes wegen des beschenkten Minderjährigen . .	550
1. Ausgangsproblematik	550
2. Testament	550
3. Erbvertrag	552
IV. Gestaltung durch letztwillige Verfügung zugunsten Minderjähriger	553
1. Übersicht	553
2. Verwaltungsrechtsentzug zulasten der Eltern unter Benennung eines Ergänzungs- pflegers	553
3. Testamentsvollstreckung	554
4. Verwaltungsanordnung gegenüber den Eltern	556
5. Benennung eines Vormundes für die eigenen minderjährigen Kinder	557
6. Befreiung von der Vorlagepflicht für ein Vermögensverzeichnis	557
7. Ausschluss der Sorgerechtsübertragung und Benennung eines Vormundes für minderjährige nicht aus einer Ehe entstammende Kinder	558
8. Testamentsvollstreckung bei minderjährigen Erben	559
V. Minderjährige Enkelkinder als Nutznießer letztwilliger Pflichtteilsbeschränkung . .	561
VI. Schutz minderjähriger Kinder des erstversterbenden Ehegatten in Patchwork- Familien durch Ausbildungsunterhaltsvermächtnis	563
VII. Gestaltung durch Erbverzichts-, Pflichtteilsverzichts- bzw. Zuwendungsverzichts- vertrag	564
1. Praktische Relevanz bei Beteiligung Minderjähriger	564
2. Ausgangsdifferenzierung nach Verzichtsart	564
3. Differenzierung nach der Rolle des Minderjährigen	572
VIII. Die Abgabe der Eidesstattlichen Versicherung im Erbscheinsantrag	574
IX. Gestaltung durch Erbschaftsausschlagung	576
1. Allgemeines	576
2. Ausgangsproblematik für die Erbschaftsausschlagung minderjähriger Kinder	578
3. Gesetzliche Vertretung des minderjährigen Kindes	578
4. Genehmigungsbedürftigkeit	579
5. Problematik Kontrollvertreter	583
6. Besondere örtliche Zuständigkeit zur nachlassgerichtlichen Protokollierung von Erbausschlagungen	584
X. Vermögensverzeichnispflicht	592

XI. Auseinandersetzung einer Erbengemeinschaft als ausschließliche Erfüllung einer Verbindlichkeit	593
XII. Pflichtteilsanspruch und Ergänzungspflegschaft	594
1. Alleinerbschaft des längstlebenden Ehegatten und Pflichtteilsanspruch des minderjährigen Kindes	594
2. Alleinerbschaft des minderjährigen Kindes und Pflichtteilsanspruch des längstlebenden Ehegatten	595

§ 15 Unternehmensnachfolge

(Kindler/Gubitz)

I. Einleitung	598
II. Einzelunternehmen	599
1. Grundsätzliches	599
2. Entscheidungsmöglichkeiten des Erben nach dem Erbfall	600
3. Haftungsordnung	602
4. Registerrecht	606
5. Miterbengemeinschaft als Unternehmensträger	607
6. Erbrechtliche Gestaltungsoptionen	609
7. Pflichtteilsrecht	618
8. Die Nachfolge vorbereitende Maßnahmen	623
III. Nachfolge in Anteile an Personengesellschaften	626
1. Grundsätzliches	626
2. Gesellschaftsvertragliche Regelungsmöglichkeiten	627
3. Entscheidungsmöglichkeiten des Erben nach dem Erbfall	642
4. Haftungsordnung	644
5. Registerrecht	651
6. Erbrechtliche Gestaltungsoptionen	652
7. Pflichtteilsrecht	663
8. Die Nachfolge vorbereitende Maßnahmen	667
IV. Nachfolge in Anteile an Kapitalgesellschaften	669
1. Grundsätzliches	669
2. Gesetzlicher Regelfall: Alle Erben in Miterbengemeinschaft	670
3. Vertragliche Gestaltungsmöglichkeiten	673
4. Haftungsordnung	681
5. Erbrechtliche Gestaltungsoptionen	683
6. Pflichtteilsrecht	687
7. Die Nachfolge vorbereitende Maßnahmen	688

§ 16 Stiftung und Trust als Instrumente der Nachfolgeplanung

(Stein)

I. Grundlagen	692
1. Motive für die Errichtung einer Stiftung	693
2. Arten der Stiftungen	695
3. Die privatrechtliche Stiftung	696

	Seite
II. Typologie der häufigsten Stiftungsarten	703
1. Gemeinnützige Stiftung	703
2. Inländische Familienstiftung	704
3. Gemeinnützige Familienstiftung	706
4. Doppelstiftung	707
5. Verbrauchsstiftung	708
6. Unternehmensträgerstiftung	709
III. Steuerrechtliche Fragen	711
1. Besteuerung der Stiftungserrichtung	711
2. Die laufende Besteuerung	715
3. Besteuerung der Stiftungsaufhebung	720
IV. Ausländische Stiftungen und verwandte Rechtsinstitute	722
1. Deutsches Ertragsteuerrecht	722
2. Erbschaft- und Schenkungsteuer	724
3. Fazit	724
4. Der Trust	725
V. Alternative Rechtsformen zur Erreichung von Stiftungszielen	731
1. Die Stiftungs-GmbH	731
2. Die unselbständige Stiftung	732

§ 17 Landwirtschaftliches Sondererbrecht (Ruby)

I. Zielsetzungen des Landwirtschaftserbrechts	738
II. Verhältnis der Anerbengesetze zum BGB-Landguterbrecht	740
1. Historische Entwicklung	740
2. Wann gilt ein Anerbengesetz?	742
3. Überblick über die regionalen anerbenrechtlichen Sondervorschriften	742
III. BGB-Landguterbrecht i.V.m. §§ 13 ff. GrdstVG	743
1. Gemeinsame Voraussetzungen der §§ 2049, 2312 BGB	746
2. Weitere Voraussetzungen des § 2049 Abs. 1 BGB	756
3. Weitere Voraussetzungen des § 2312 BGB	759
4. Vererbung des Landguts bei fortgesetzter Gütergemeinschaft gem. § 1515 BGB	764
5. Verfahren auf Zuweisung eines landwirtschaftlichen Betriebs aus der Erbengemeinschaft nach §§ 13 ff. GrdstVG	769
IV. Anerbengesetze	775
1. Historische Entwicklung	776
2. Vergleichende Darstellung der Anerbenrechte	777
V. Hofübergabe zu Lebzeiten	790
1. Inhalt des Hofübergabevertrags, insbesondere Altenteil	790
2. Rechtsnatur des Hofübergabevertrags und Pflichtteil	796
3. Formlos wirksames Hofübergabeversprechen	800

§ 18 Erbverzicht (Muscheler)

	Seite
I. Überblick	804
1. Begriff, Rechtsnatur und praktische Bedeutung	804
2. Allgemeines zu den drei Arten des Erbverzichts	805
3. Beschränkungsmöglichkeiten beim Erbverzicht i.w.S.	806
4. Allgemeine Vorteile des Erbverzichts i.w.S. für den Erblasser	809
5. Anwendbare Vorschriften	810
6. Erbverzicht und EU-Erbrechtsverordnung	810
II. Der Verzicht auf das gesetzliche Erbrecht (§ 2346 Abs. 1 BGB)	811
1. Allgemeines	811
2. Wirkungen	812
3. Zweckmäßigkeit	823
III. Der isolierte Pflichtteilsverzicht (§ 2346 Abs. 2 BGB)	827
1. Allgemeines	827
2. Wirkungen	828
3. Zweckmäßigkeit	830
IV. Der Zuwendungsverzicht (§ 2352 BGB)	832
1. Allgemeines	832
2. Wirkungen	837
3. Zweckmäßigkeit	838
V. Kosten- und Gebührenfragen	839
1. Notarkosten	839
2. Gerichtsgebühren	841
3. Kostenübersicht über die neben dem Erbverzicht bestehenden Möglichkeiten zur Beseitigung einer Erbaussicht	841
VI. Steuerliche Behandlung des Erbverzichts	842
1. Schenkungsteuer	843
2. Einkommensteuer	844
3. Grunderwerbsteuer	845
VII. Das Kausalgeschäft zum Erbverzicht	846
1. Notwendigkeit und Inhalt eines Verpflichtungsgeschäfts (i.d.R. Abfindungsvertrag)	846
2. Wirksamkeit des Kausalgeschäfts	850
3. Folgen eines unwirksamen oder fehlenden Kausalgeschäfts	853
4. Rücktritt vom Kausalgeschäft	854
5. Leistungsstörungen beim Kausalgeschäft	855
VIII. Verknüpfung des Kausalgeschäfts mit dem Erbverzicht i.w.S.	856
IX. Der Abschluss des Erbverzichtsvertrags i.w.S.	857
1. Beteiligte	857
2. Probleme bei Anbahnung und Abschluss des Erbverzichtsvertrags i.w.S.	857
3. Der Abschluss eines Erbverzichtsvertrags im Zusammenhang mit anderen Verträgen (v.a. Übergabeverträgen)	861
4. Formerfordernisse, insbesondere stillschweigender Erbverzicht	862
X. Vorbereitung und Gestaltung von Erbverzichtsverträgen (Checkliste und Formulierungsvorschläge)	866
XI. Beseitigung der Wirkungen des Erbverzichts	870
1. Aufhebungsvertrag (§ 2351 BGB)	870

2. Rücktritt und Widerruf	872
3. Anfechtung	872
4. Störung der Geschäftsgrundlage	874
5. Sittenwidrigkeit des Erbverzichts	875

§ 19 Patienten- und Betreuungsverfügung sowie Vorsorgevollmacht
(Spickhoff/Mesch)

I. Einleitung: „Patientenverfügungen“ und Erbrecht	882
II. Der rechtstatsächliche Hintergrund: Medizinische Extremsituationen und juristische Folgefragen	884
1. Die Intensivbehandlung	884
2. Sterbehilfe	885
3. Tod und Todeszeit	887
4. Sektion	888
5. Organtransplantation	889
III. Einwilligungsfähigkeit	890
1. Der einwilligungsfähige Patient	890
2. Die Konkretisierung der Einwilligungsfähigkeit	891
3. Der nicht einwilligungsfähige Patient	893
IV. Genehmigung des Betreuungsgerichts	894
V. Die sog. Patientenverfügung	895
1. Definition, Rechtsnatur, Voraussetzungen	896
2. Vorsorgeregister	898
3. Verbindlichkeit: Grundsatz und Grenzen	898
4. Prüfungsrecht und Prüfungspflicht von Betreuer und Bevollmächtigtem	900
5. Fehlen eines Betreuers oder Bevollmächtigten	901
6. Druckausübung bei der Errichtung von Patientenverfügungen	902
7. Widerruf einer Patientenverfügung	903
VI. Die Vorsorgevollmacht	904
1. Gesundheitsangelegenheiten	904
2. Sonstige persönliche Angelegenheiten	905
3. Vertretung im Vermögensbereich	906
VII. Die Betreuungsverfügung	907
VIII. Musterformulierungen	907

§ 20 Digitaler Nachlass
(Bock)

I. Einleitung	915
II. Rechtliche Grundsätze zum digitalen Nachlass	916
1. Grundsatz der Gesamtrechtsnachfolge	916
2. Allgemeine Grenzen der Vererblichkeit	917
3. Berücksichtigung der Persönlichkeitsrechte Dritter	926
III. Rechtspositionen mit digitalem Bezug	937
1. Daten	937

2. Speichermedien und Hardware	938
3. Accountverträge	938
4. Online-Bezahlsysteme	940
5. Virtuelle Gegenstände und Währungen	941
6. Webseiten	941
7. E-Books, Musik- und Videosammlungen	942
8. Online-Bestellungen und Internetauktionen	942
IV. Gestaltung durch AGB	943
1. Befristungs- und Bedingungsklauseln	944
2. Kündigungsklauseln	946
3. Legitimationsklauseln	946
4. Kontosicherheitsklauseln	947
5. Abwicklungsklauseln	948
V. Auslandsbezüge	948
1. Kollisionsrecht	948
2. Internationale Zuständigkeit	950
VI. Konsequenzen für die Beratungspraxis	951
1. Perspektiven und Interessen der Beteiligten	952
2. Gestaltung der Rechtslage	953
3. Faktische Gewährleistung des Zugriffs	959

Teil 4 Folgen des Erbfalls

§ 21 Gesetzliche Erbfolge (Grötsch)

I. Wann tritt die gesetzliche Erbfolge ein?	965
II. Überraschungen und Tücken der gesetzlichen Erbfolge	965
III. Das gesetzliche Erbrecht als Verwandtenerbfolge	966
1. Die gesetzliche Erbfolge als Quelle von Beratungsfehlern	966
2. Der Begriff des „Verwandten“	966
3. Die Grundsäulen der Verwandtenerbfolge	968
IV. Das gesetzliche Erbrecht des nichtehelichen Kindes	978
1. Das Erbrecht nach der Mutter	978
2. Das Erbrecht nach dem Vater	979
V. Das gesetzliche Erbrecht der als Kind Angenommenen	983
1. Der minderjährig Angenommene	983
2. Der volljährig Angenommene	985
3. Gestaltungsempfehlungen	986
VI. Das gesetzliche Erbrecht des Ehegatten	987
1. Grundvoraussetzungen des Ehegattenerbrechts	987
2. Das Ehegattenerbrecht bei Gütertrennung und Gütergemeinschaft	988
3. Besonderheiten bei der Gütergemeinschaft	989
4. Das Ehegattenerbrecht bei Zugewinnngemeinschaft	989
5. Das Ehegattenerbrecht bei der Wahl-Zugewinnngemeinschaft	990
6. Tabellarische Übersicht zum gesetzlichen Ehegattenerbrecht	991

	Seite
7. Neue Bundesländer	991
8. Der Ehegattenvoraus (§ 1932 BGB)	991
VII. Das gesetzliche Erbrecht des eingetragenen Lebenspartners	992
VIII. Der Dreißigste (§ 1969 BGB)	992
IX. Das Erbrecht des Staates	993
1. Erbfolge	993
2. Verfahren	993

§ 22 Annahme und Ausschlagung der Erbschaft

(Muscheler)

I. Einleitung	997
II. Motive für eine Ausschlagung	1002
1. Persönliche Motive	1002
2. Finanzielle Motive	1003
III. Ausschlagungsberechtigung	1013
1. Allgemeines	1013
2. Vererblichkeit des Ausschlagungsrechts	1014
3. Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten des Erblassers	1015
4. Gesetzliche Ausschlagungsbeschränkungen	1016
5. Einflussmöglichkeiten Dritter	1017
6. Verlust des Ausschlagungsrechts durch Annahme	1021
IV. Form der Ausschlagung	1026
V. Ausschlagungsfrist	1029
1. Allgemeines	1029
2. Fristbeginn	1030
VI. Inhalt der Ausschlagungserklärung	1033
1. Die Ausschlagungserklärung	1033
2. Bedingte Ausschlagung	1034
3. Teilausschlagung	1037
4. Umfang der Ausschlagung	1038
VII. Gesetzliche Stellvertretung	1039
1. Der minderjährige Erbe	1039
2. Betreuung	1042
VIII. Wirkung der Ausschlagung	1043
1. Allgemeines	1043
2. Wegfall des Zunächstberufenen	1044
3. Anfall an den Nächstberufenen	1045
4. Ermittlung des Nächstberufenen durch das Nachlassgericht	1047
IX. Anfechtung	1048
1. Allgemeines	1048
2. Anfechtungsgründe	1051
X. Besonderheiten bei Annahme und Ausschlagung eines Vermächtnisses	1058
1. Allgemeines	1058
2. Formelle Anforderungen	1059
3. Wirkungen von Annahme und Ausschlagung	1060

4. Pflichtteilsberechtigter als Erbe und Vermächtnisnehmer	1061
5. Anfechtung	1062
XI. Haftung und Ansprüche des Zwischenerben	1063
1. Allgemeines	1063
2. Ansprüche des endgültigen Erben gegen den Zwischenerben	1064
3. Ansprüche des Zwischenerben gegen den endgültigen Erben	1065
4. Zurechnung von Handlungen des Zwischenerben	1065
XII. Der Ausschlagungsverpflichtungsvertrag	1070
1. Allgemeines	1070
2. Abschluss des Vertrags nach dem Erbfall	1070
3. Abschluss des Vertrags vor dem Erbfall	1071
 § 23 Nachlasspflegschaft (Schulz) 	
I. Einleitung	1075
1. Zweck der Nachlasspflegschaft	1075
2. Rechtsstellung und Aufgaben des Nachlasspflegers	1076
II. Anordnung der Nachlasspflegschaft	1077
1. Sicherungspflegschaft, § 1960 Abs. 1 BGB	1077
2. Forderungspflegschaft („Klagepflegschaft“), § 1961 BGB	1078
3. Auswahl des Nachlasspflegers	1079
4. Anordnungsverfahren	1079
5. Rechtsmittel	1081
6. Verpflichtung des Nachlasspflegers	1082
7. Ende der Nachlasspflegschaft	1082
III. Sicherung und Verwaltung des Nachlasses	1083
1. Erkenntnismöglichkeiten	1083
2. Umgang mit Gläubigern	1083
3. Sicherung und Verwaltung des Nachlasses	1084
IV. Ermittlung der Erben	1094
V. Bericht, Vermögensverzeichnis und Rechnungslegung	1094
VI. Nachlassgerichtliche Genehmigungen	1095
1. Genehmigungserfordernisse	1095
2. Genehmigungsverfahren/Wirksamkeit/Verfahrenspfleger	1095
3. Folgen fehlender Genehmigung	1095
VII. Vergütung und Aufwendersatz	1096
1. Vergütung	1096
2. Aufwendersatz und berufsspezifische Dienstleistungen	1099
VIII. Beendigung der Nachlasspflegschaft	1100
1. Abwicklung bei vermögendem Nachlass	1100
2. Abwicklung bei überschuldetem Nachlass	1102
IX. Die Nachlassverwaltung als Unterfall der Nachlasspflegschaft	1106
1. Zweck der Nachlassverwaltung und Rechtsstellung des Nachlassverwalters	1106
2. Anordnungsvoraussetzungen	1107

3. Verfahren und Rechtsmittel	1108
4. Ende der Nachlassverwaltung	1108
5. Wirkung der Anordnung	1108
6. Sicherung und Verwaltung des Nachlasses	1109
7. Berichtspflicht und Genehmigungen	1112
8. Vergütung des Nachlassverwalters	1113
9. Beendigung der Nachlassverwaltung	1114
X. Die Haftung des Nachlasspflegers und Nachlassverwalters	1115

§ 24 Erbengemeinschaft

(von Morgen)

I. Allgemeines	1123
1. Rechtsnatur	1123
2. Typische Interessen der Beteiligten	1124
3. Typische Streitkomplexe	1129
II. Auseinandersetzung der Erbengemeinschaft, Nachlassteilung	1131
1. Grundsatz: Recht auf jederzeitige Auseinandersetzung	1132
2. Aufschub oder Ausschluss der Erbauseinandersetzung	1134
3. Wege der Erbauseinandersetzung	1141
4. Materiellrechtliche Grundsätze der Auseinandersetzung	1169
III. Verwaltung des Nachlasses	1178
1. Verwaltung durch Testamentsvollstrecker, insbesondere als Dauertestamentsvollstreckung	1179
2. Gemeinschaftliche Verwaltung durch die Miterben	1179
3. Lastentragung und Anspruch auf Nutzungen	1191
4. Sonderfall: Verwaltung von Unternehmensbeteiligungen im Nachlass	1193
IV. Haftung und Forderungszuständigkeit	1198
1. Haftung	1198
2. Forderungszuständigkeit	1201
3. Parteifähigkeit der Erbengemeinschaft?	1205
V. Verfügungen über einen Erbanteil	1205
1. Übertragung	1206
2. Verpfändung	1212
3. Pfändung eines Miterbenanteils im Wege der Zwangsvollstreckung	1215
4. Belastung mit Nießbrauch	1217

§ 25 Haftung des Alleinerben

(Endemann)

I. Überblick über die Haftung des Alleinerben	1219
1. Die Haftung mit dem Nachlass und dem Eigenvermögen	1219
2. Das Recht, die Erfüllung der Nachlassverbindlichkeiten zu verweigern	1220
3. Die Beschränkung der Haftung auf den Nachlass	1220
II. Die Feststellung der Vermögenssituation	1222
1. Die Nachlassverbindlichkeiten und der Umfang der Haftung	1222
2. Das Aufgebotsverfahren	1230

3. Die Inventarerrichtung	1236
4. Die vorläufigen Haftungsbeschränkungsmöglichkeiten	1242
III. Die dauerhafte Beschränkung der Haftung auf den Nachlass	1245
1. Die haftungsrechtlichen Folgen der Nachlassverwaltung und der Nachlassinsolvenz	1245
2. Die Nachlassverwaltung	1248
3. Das Nachlassinsolvenzverfahren	1251
4. Die Erbenhaftung nach Beendigung der Nachlassverwaltung oder des Nachlassinsolvenzverfahrens	1253
IV. Die Einreden der §§ 1990, 1992 BGB	1254
1. Die Dürftigkeitseinrede	1254
2. Die Unzulänglichkeitseinrede	1255
3. Die Erschöpfungseinrede	1255
4. Die Überbeschwerungseinrede	1255
5. Die Berechnung des Nachlasswertes und die Rangfolge der Nachlassverbindlichkeiten	1255
6. Die weiteren Rechtsfolgen der Einreden	1257
7. Die Geltendmachung der Einreden im Erkenntnisverfahren	1257
8. Die Geltendmachung der Einreden in der Zwangsvollstreckung	1258

§ 26 Pflichtteil

(Rösler)

I. Einleitung	1267
1. Stellung der Beteiligten/Pflichtteilsreform für Erbfälle seit 1.1.2010	1267
2. Zwang zur Geltendmachung des Pflichtteils	1274
3. Psychologie und Beratertipps	1279
II. Pflichtteilsanspruch des Enterbten im Grundfall	1280
1. Kreis der Pflichtteilsberechtigten	1280
2. Entstehung des Pflichtteils	1285
3. Pflichtteilsquote	1288
4. Höhe des Pflichtteils	1294
III. Ansprüche auf Auskunft, Wertermittlung und Abgabe der eidesstattlichen Versicherung	1349
1. Auskunftsansprüche	1349
2. Wertermittlungsansprüche	1375
3. Eidesstattliche Versicherung	1380
4. Kosten	1384
5. Verteidigung	1385
6. Verzug und Folgen falscher Auskunft	1391
7. Checkliste für die Durchsetzung von Auskunftsansprüchen	1393
8. Übersicht	1395
IV. Pflichtteil trotz Zuwendung des Erblassers, §§ 2305–2307, 1371 Abs. 3 BGB	1395
1. Pflichtteilsanspruch des belasteten Erben oder Nacherben, § 2306 BGB	1395
2. Pflichtteilszusatzanspruch des unzureichend bedachten Erben, § 2305 BGB	1405
3. Pflichtteilsanspruch des Vermächtnisnehmers, § 2307 BGB	1407
4. Taktische Ausschlagung des Ehegatten, § 1371 Abs. 3 BGB?	1410
5. Anfechtung	1411
V. Pflichtteil bei Anrechnung und Ausgleichung von lebzeitigen Zuwendungen	1414
1. Unterschiede zwischen Anrechnungs- und Ausgleichungspflichtteil, §§ 2315, 2316 BGB	1414

2. Der Anrechnungspflichtteil, § 2315 BGB	1415
3. Der Ausgleichungspflichtteil, § 2316 BGB	1422
4. Zusammentreffen von § 2315 und § 2316 BGB	1429
5. Zusammentreffen von § 2316 BGB und § 2325 BGB	1432
VI. Pflichtteilergänzungsansprüche bei Schenkungen des Erblassers	1434
1. Pflichtteilergänzung gegen den Erben, § 2325 BGB	1434
2. Pflichtteilergänzungsanspruch gegen den Beschenkten, § 2329 BGB	1501
VII. Pflichtteil und Gesellschaftsrecht	1507
1. Pflichtteil	1507
2. Pflichtteilergänzungsansprüche	1509
3. Übersicht	1514
VIII. Haftung und Verteidigung	1515
1. Haftung für Pflichtteilsansprüche im Außenverhältnis	1515
2. Verteidigung gegen Pflichtteilsansprüche im Außenverhältnis	1515
3. Pflichtteilslast im Innenverhältnis, §§ 2320, 2321 BGB	1538
4. Haftung bei Vermächtnissen und Auflagen im Außenverhältnis	1540
IX. Vermeidung und Beschränkung von Pflichtteilsansprüchen	1544
1. Pflichtteilsentziehung und Unwürdigkeit	1544
2. Pflichtteilsbeschränkung in guter Absicht, § 2338 BGB	1557
3. Pflichtteilsverzicht	1559
4. Anrechnung oder Ausgleichung, §§ 2315, 2316 BGB	1569
5. Verbrauch	1569
6. Auflösend bedingte Zuwendungen als Anreiz zum Verzicht	1569
7. Flucht in die Pflichtteilergänzung: Schenkungen und Nutzung von Bewertungs- spielräumen	1569
8. Verlagerung oder Umzug ins „pflichtteilsfeindliche“ Ausland	1572
9. Flucht ins Gesellschaftsrecht und gegenseitige Zuwendungen	1580
10. Einwirkung auf die Pflichtteilsquote	1580
11. Gestaltungsmöglichkeiten verheirateter Erblasser	1581
12. Vertrag über den künftigen Pflichtteil, § 311b Abs. 5 BGB	1585
13. Strategien in Verfügungen von Todes wegen	1585
X. Pflichtteilsvergleich	1594
XI. Taktik im Pflichtteilsprozess	1597
1. Zuständigkeit	1597
2. Welche Klageart ist gegen wen richtig?	1598
3. Verfahrenshinweise	1603
4. Streitwert, Gerichts- und Anwaltskosten	1608
5. Antragsmuster	1612
6. Zwangsvollstreckung aus Auskunft- und Wertermittlungstiteln	1616
7. Pfändung des Pflichtteilsanspruchs, § 852 ZPO	1619
XII. Anhang	1620
1. Nachlassverzeichnis	1620
2. Preisindizes	1623
3. Anlage zu § 14 BewG	1623
4. Tabellarische Länderübersicht über Pflichtteils- und Noterbrechte	1623
5. Pflegestatistik und Pflegeversicherung	1638
6. Checklisten zur Überprüfung von Immobiliengutachten	1639

§ 27 Auskunftsansprüche im Erbrecht (Edenfeld)

	Seite
I. Vorbemerkung	1645
II. Auskunftsansprüche des Erben	1646
1. Der Auskunftsanspruch gegen den Erbschaftsbesitzer (§ 2027 Abs. 1 BGB)	1646
2. Der Auskunftsanspruch gegen sonstige Besitzer von Nachlasssachen (§ 2027 Abs. 2 BGB)	1650
3. Der Auskunftsanspruch gegen Hausgenossen des Erblassers (§ 2028 BGB)	1651
4. Die Auskunftspflicht des vorläufigen gegenüber dem endgültigen Erben	1654
5. Ansprüche gegen den Testamentsvollstrecker (§§ 2215, 2218 BGB)	1656
6. Der Anspruch gegen den Scheinerben (§ 2362 Abs. 2 BGB)	1658
7. Allgemeine Auskunftspflichten (§§ 242, 666 BGB)	1659
III. Auskunftsansprüche unter Miterben	1662
1. Der Auskunftsanspruch aus § 2057 BGB	1662
2. Die Ansprüche aus §§ 2027, 2028 BGB	1664
3. Allgemeine Auskunftspflichten (§§ 242, 666 BGB)	1664
IV. Auskunftsansprüche des Nacherben	1665
1. Der Anspruch aus § 2121 BGB	1665
2. Der Anspruch aus § 2127 BGB	1667
3. Der Anspruch aus § 2130 Abs. 2 BGB	1668
V. Der Auskunftsanspruch des Pflichtteilsberechtigten	1669
1. Auskunftsgläubiger	1669
2. Auskunftsschuldner	1670
3. Inhalt der Auskunftspflicht	1671
4. Prozessuale Geltendmachung	1675
VI. Auskunftsansprüche der Nachlassgläubiger	1677
1. Der Anspruch gegen den Nachlasspfleger/-verwalter (§ 2012 BGB)	1677
2. Der Anspruch gegen den Fiskus als Erben (§ 2011 S. 2 BGB)	1677
3. Auskunftspflicht bei der Inventarerrichtung (§ 2003 Abs. 2 BGB)	1678
VII. Zusammenfassung	1678

§ 28 Erbschaftsanspruch (Edenfeld)

I. Bedeutung des Erbschaftsanspruchs	1679
1. Einzelansprüche des Erben	1679
2. Der erbrechtliche Gesamtanspruch (§ 2018 BGB)	1680
3. Verhältnis zu den Einzelansprüchen	1681
II. Der Herausgabeanspruch gegen den Erbschaftsbesitzer	1683
1. Voraussetzungen	1683
2. Rechtsfolgen	1686
3. Prozessuale Aspekte, Auskunftsanspruch	1689
III. Sekundäre Ansprüche bei Unmöglichkeit der Herausgabe	1690
1. Haftung des gutgläubigen Erbschaftsbesitzers	1691
2. Haftung des verklagten Erbschaftsbesitzers	1691
3. Haftung des bösgläubigen Erbschaftsbesitzers	1692
4. Haftung des deliktischen Erbschaftsbesitzers	1692

IV. Verwendungsansprüche des Erbschaftsbesitzers	1693
1. Ansprüche des gutgläubigen Erbschaftsbesitzers	1693
2. Ansprüche des bösgläubigen oder verklagten Erbschaftsbesitzers	1696
3. Ansprüche des deliktischen Erbschaftsbesitzers	1696
V. Zusammenfassung und Übersicht der Ansprüche des wahren Erben	1696
 § 29 Testamentsvollstreckung (Steiner)	
I. Plädoyer für die Testamentsvollstreckung	1702
1. Elementarziele des Erblassers	1702
2. Funktionen der Testamentsvollstreckung	1703
3. Die Person des Testamentsvollstreckers	1705
II. Allgemeine Ratschläge für die Amtsführung	1706
III. Rechtsstellung des Testamentsvollstreckers und Abgrenzung zu anderen Rechtsfiguren (insbesondere Vollmacht)	1707
1. Rechtsstatus	1707
2. Testamentsvollstreckung und trans- sowie postmortale Vollmacht	1707
IV. Wer kann Testamentsvollstrecker sein?	1709
1. Keine Amtsfähigkeit	1709
2. Mögliche Ausschlussstatbestände	1709
3. Erben, Familienangehörige und gesetzliche Vertreter als Testamentsvollstrecker	1712
V. Arten der Testamentsvollstreckung	1713
1. Ist Testamentsvollstreckung gewollt?	1713
2. Überblick über die Testamentsvollstreckungsarten	1715
3. Die Abwicklungstestamentsvollstreckung	1716
4. Dauer- und Verwaltungstestamentsvollstreckung	1716
5. Testamentsvollstreckung als differenziertes Gestaltungsmittel (Erweiterungen und Beschränkungen)	1719
6. Testamentsvollstreckung über Vor- und Nacherbschaft	1724
7. Vermächtnistestamentsvollstreckung	1727
8. Testamentsvollstreckung und Behindertentestament	1728
9. Testamentsvollstreckung bei verschwenderischem Pflichtteilsberechtigten	1728
VI. Der Nachlass vor Beginn der Testamentsvollstreckung	1728
1. Verzögerter Amtsbeginn, Probleme der Handlungsunfähigkeit	1728
2. Lösungswege in der Praxis	1729
VII. Anordnung und Beginn der Testamentsvollstreckung	1729
1. Die Anordnung	1730
2. Die Ernennung	1730
3. Der Amtsbeginn	1732
VIII. Erbschein, Europäisches Nachlasszeugnis, Grundbuch, Handelsregister	1733
1. Erbschein und Europäisches Nachlasszeugnis	1733
2. Grundbuch	1734
3. Handelsregister	1735
IX. Das Testamentsvollstreckerzeugnis	1736
1. Legitimationsfunktion	1736
2. Was beweist das Testamentsvollstreckerzeugnis?	1737

3. Arten von Testamentsvollstreckerzeugnissen	1737
4. Inhalt des Testamentsvollstreckerzeugnisses	1737
5. Erteilungsverfahren	1738
X. Pflichtteilsberechtigte und Testamentsvollstreckung	1739
XI. Rechtsverhältnis zwischen Testamentsvollstrecker und Gerichten	1739
1. Das Rechtsverhältnis zum Nachlassgericht	1739
2. Das Rechtsverhältnis zum Prozessgericht	1740
XII. Aufgaben des Testamentsvollstreckers	1741
1. Allgemeine Umschreibung und Beurteilungsmaßstab für das Handeln des Testamentsvollstreckers	1741
2. Was der Testamentsvollstrecker nicht kann	1741
3. Inbesitznahme und Konstituierung des Nachlasses	1742
4. Die Pflicht zur Verwaltung	1743
5. Erfüllung der Nachlassverbindlichkeiten	1751
6. Erstellung und Durchführung des Auseinandersetzungsplans	1752
7. Höchstpersönlichkeit, Auskunft- und Rechnungslegungspflicht	1754
8. Prozessführung und Zwangsvollstreckung	1758
9. Herausgabe des Nachlasses	1760
10. Besonderheiten bei der Verwaltungsvollstreckung	1762
XIII. Nachlassverwaltung und Nachlassinsolvenzverfahren	1763
1. Nachlassverwaltung	1763
2. Nachlassinsolvenzverfahren	1763
XIV. Testamentsvollstrecker und Steuern	1764
1. Überblick	1764
2. Steuern vor dem Erbfall	1765
3. Durch den Erbfall entstandene Steuern (Erbschaftsteuer)	1768
4. Steuern nach dem Erbfall	1773
5. Steuerliche Geltendmachung des Testamentsvollstreckerhonorars	1777
XV. Testamentsvollstreckung über ein Unternehmen	1777
1. Kennzeichnung des Problems und Weg der Darstellung	1777
2. Der Abwicklungsvollstrecker	1777
3. Der Verwaltungsvollstrecker	1778
XVI. Mehrere Testamentsvollstrecker	1783
1. Die Frage nach dem Sinn	1783
2. Kompetenzzuweisungen	1784
3. Meinungsverschiedenheiten zwischen Testamentsvollstreckern	1784
4. Notwendige Erhaltungsmaßnahmen	1784
5. Haftung	1784
XVII. Die Haftung des Testamentsvollstreckers	1785
1. Haftung wem gegenüber?	1785
2. Haftung für welchen Zeitraum?	1785
3. Die Haftungsvoraussetzungen	1785
4. Haftungsbefreiung	1788
5. Verjährung	1789
6. Entlastung	1789
7. Der Haftpflichtprozess gegen den Testamentsvollstrecker	1789
8. Haftpflichtversicherung	1790
9. Haftung des Erben für den Testamentsvollstrecker	1791

XVIII. Internationale Testamentsvollstreckung	1791
XIX. Die Beendigung des Amtes	1792
1. Auflistung der Beendigungsgründe	1792
2. Kündigung durch den Testamentsvollstrecker	1792
3. Entlassung des Testamentsvollstreckers	1793
XX. Die Vergütung des Testamentsvollstreckers	1798
1. Überblick	1798
2. Bestimmung der Vergütung durch den Erblasser	1798
3. Vergütungsvereinbarung mit den Erben	1799
4. Vergütungstatbestände	1800
5. Höhe der Vergütung	1800
6. Die Vergütung mehrerer Testamentsvollstrecker	1807
7. Vergütung des vermeintlichen Testamentsvollstreckers	1807
8. Aufwendungsersatz, Auslagen	1807
9. Fälligkeit, Vorschuss, Entnahme, Zurückbehaltungsrecht	1808
10. Schuldner der Testamentsvollstreckervergütung	1809
11. Abtretung, Verjährung, Verwirkung, Insolvenz	1810
12. Steuerliche Behandlung der Testamentsvollstreckervergütung	1810

§ 30 Erbschein und Europäisches Nachlasszeugnis

(Waxenberger)

I. Vorbemerkungen	1813
II. Das Mandat im Erbscheinsverfahren	1813
1. Beratungsgegenstand	1813
2. Die Funktion des Erbscheins	1813
3. Die einzelnen Wirkungen des Erbscheins	1814
4. Die Arten der Erbscheine	1816
5. Beratungsgrundlagen	1817
III. Strategie zur Durchsetzung des Erbrechts	1817
1. Erbrechtliche Mandate	1818
2. Abgrenzung: Erbscheinsverfahren – Zivilprozess	1819
3. Abwägung: Vor- und Nachteile	1820
4. Entbehrlichkeit eines Erbscheins	1823
IV. Der Erbscheinsantrag	1828
1. Rechtliche Bedeutung des Erbscheinsantrags	1828
2. Antragsberechtigung	1829
3. Inhalt des Erbscheinsantrags	1832
4. Informationsaufnahme zum Erbscheinsantrag	1839
5. Einreichen des Erbscheinsantrags	1840
V. Das Erbscheinsverfahren beim Nachlassgericht	1849
1. Gestaltung des Erbscheinsverfahrens	1849
2. Steuerungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten	1851
3. Beweiswürdigung, Feststellungslast	1854
4. Akteneinsicht	1856
5. Aussetzung des Erbscheinsverfahrens	1858
6. Vergleich, Mediation	1859
7. Die Gebühren des Rechtsanwalts im Erbscheinsverfahren	1861

	Seite
VI. Entscheidungen des Nachlassgerichts zum Erbscheinsantrag	1862
1. Entscheidungsgrundlagen	1862
2. Arten der Entscheidungen	1862
3. Inhalt des Erbscheins	1866
4. Kosten, Geschäftswert	1868
5. Zustellung, Rechtskraft	1870
6. Anspruch auf Ausfertigung des Erbscheins	1870
VII. Das Erbscheinseinziehungsverfahren (§ 2361 BGB, § 353 Abs. 1 FamFG)	1870
1. Beschwerde oder Einziehungsverfahren?	1871
2. Verfahrenseinleitung	1871
3. Vorläufiger Rechtsschutz	1872
4. Gestaltung des Einziehungsverfahrens	1875
5. Prüfungsmaßstab	1876
6. Die Einziehungsentscheidung	1877
VIII. Rechtsmittel gegen Entscheidungen des Nachlassgerichts	1878
1. Rechtsbehelf	1879
2. Beschwerdegericht	1879
3. Statthaftigkeit	1879
4. Beschwer	1881
5. Beschwerdegegenstand	1882
6. Beschwerdeanträge	1883
7. Frist	1884
8. Form	1885
9. Begründung	1885
10. Wertgrenze	1887
11. Anwaltszwang	1887
12. Rücknahme	1887
13. Kosten, Geschäftswert	1887
IX. Rechtsmittel gegen Entscheidungen des Beschwerdegerichts	1888
1. Zulassungsgebundene Rechtsbeschwerde	1888
2. Frist, Begründung	1888
3. Beschwerdegegenstand und -ziel	1890
4. Entscheidung	1891
5. Sprungrechtsbeschwerde	1892
6. Anhörungsrüge (§ 44 FamFG) bei Verletzung des rechtlichen Gehörs durch das Rechtsbeschwerdegericht	1892
X. Das Europäische Nachlasszeugnis (ENZ)	1893
1. Die EU-Erbrechtsverordnung	1893
2. Zweck des ENZ	1895
3. Antragsverfahren	1896
4. Inhalt	1903
5. Verhältnis zum Erbschein	1905
6. Wirkungen des ENZ	1906
7. Rechtsmittel, Änderung, Widerruf	1910
8. Kosten	1911
9. Vergleich: Erbschein – ENZ	1912

§ 31 Erbschafts- und Erbteilskauf (Grötsch)

	Seite
I. Einführung	1913
II. Form	1914
III. Pflichten der Parteien	1915
1. Die einzelnen Pflichten des Verkäufers	1915
2. Die einzelnen Pflichten des Käufers	1919
IV. Gefahrübergang, Nutzungen und Lasten	1921
V. Vorkaufsrecht der Miterben	1921
VI. Ähnliche Rechtsgeschäfte	1922
VII. Steuerliche Aspekte	1922
1. Erbschaftsteuer	1922
2. Grunderwerbsteuer	1922
VIII. Checkliste für den Berater	1923
IX. Gestaltungsempfehlungen	1923

§ 32 Bestattungsrecht (Grziwotz)

I. Bestattungspflicht und Totenfürsorge	1925
1. Die Bestattung	1925
2. Die Totenfürsorge	1926
3. Bestattungskostentragung	1930
II. Öffentlich-rechtliche Bestattungspflicht	1933
1. Hintergrund und Gegenstand	1933
2. Adressat	1934
3. Inhalt	1945
III. Tragung der Bestattungskosten	1945
1. Öffentlich-rechtliche Kostentragungspflicht	1945
2. Adressat des Leistungsbescheids	1946
3. Kosten der Bestattung	1946
4. Auswahlentscheidung und Absehen von der Kostenfestsetzung	1947
5. Sozialhilferechtliche Kostenübernahme (§ 74 SGB XII)	1948

§ 33 Sozialrechtlicher Zugriff auf das Erbe (Schulz)

I. Einleitung	1952
II. Sozialrechtliche Erbenhaftung	1952
1. Erbenhaftung für unrechtmäßige Sozialleistungen	1952
2. Erbenhaftung für rechtmäßige Sozialhilfeleistungen, § 102 SGB XII	1953
3. Erbenhaftung für rechtmäßige Grundsicherungsleistungen für Arbeitssuchende, § 35 SGB II (a.F.)	1958

III. Kostenersatzansprüche wegen sozialwidrigen Verhaltens, § 103 SGB XII, § 34 SGB II	1959
IV. Überleitung von Ansprüchen nach § 93 SGB XII	1959
1. Ausgangssituation	1959
2. Voraussetzungen einer Überleitung nach § 93 SGB XII	1960
3. Überleitungsanzeige, § 93 Abs. 2 SGB XII	1963
4. Rechtsfolge	1963
5. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel gegen die Überleitung	1963
6. Durchsetzung des übergegangenen Anspruchs und Rechtsschutz	1964
V. Vermeidung des Regress- und Überleitungsrisikos durch Testamentsgestaltung	1965

Teil 5

Verfahrensrechtliche Durchsetzung erbrechtlicher Ansprüche

§ 34 Klage vor dem Prozessgericht

(Grötsch/Rösler)

I. Klage auf Feststellung des Erbrechts	1968
1. Feststellungsinteresse	1968
2. Passivlegitimation	1968
3. Beweisführung	1969
4. Objektive Klagenhäufung	1970
5. Schiedsklausel, örtliche Zuständigkeit und Streitwert	1971
6. Einstweiliger Rechtsschutz im Erbenfeststellungsverfahren	1972
7. Der Erbvergleich	1972
II. Klage auf Erbauseinandersetzung	1975
1. Erbteilungsklage	1975
2. Alternativen zur Erbteilungsklage	1978
III. Klage auf Vermächtniserfüllung	1979
1. Klagearten	1979
2. Einstweiliger Rechtsschutz	1980
3. Rechtsbehelf gegen die Teilungsversteigerung des Vermächtnisgegenstands	1982
IV. Grundbuchberichtigungsklage	1982
1. Die Leistungsklage	1983
2. Einstweiliger Rechtsschutz	1983
3. Verhinderung der Eintragung des Scheinerben als Eigentümer	1984
V. Klagen zum Pflichtteil	1984
1. Die Feststellungsklage	1984
2. Die Leistungsklagen	1991
3. Der Pflichtteilsvergleich	1991
4. Einstweiliger Rechtsschutz	1991
VI. Klagen auf Auskunft, Rechnungslegung und Abgabe der eidesstattlichen Versicherung	1992

§ 35 Schiedsgerichtsbarkeit (Grötsch)

	Seite
I. Bedeutung des Schiedsgerichts im Erbrecht	1993
II. Anzuwendendes Recht	1995
1. Schiedsrichterliches Verfahren im 10. Buch der ZPO	1995
2. Ad-hoc- und institutionelles Schiedsverfahren	1996
3. Abgrenzung von anderen Formen der Streitbeilegung	1996
III. Entscheidungsbefugnisse des Schiedsgerichts	1999
1. Zulässigkeit und Wirksamkeitsvoraussetzungen der Schiedsklausel	1999
2. Einsetzung des Schiedsgerichts	1999
3. Entscheidungsbefugnisse des Schiedsgerichts und ihre Grenzen	2000
4. Die Person des Schiedsrichters	2002
IV. Die Durchsetzung von Schiedssprüchen	2003
1. Wirkung des Schiedsspruchs	2003
2. Durchsetzung von Schiedssprüchen	2004
3. Aufhebung von Schiedssprüchen	2004

§ 36 Mediation (Grötsch)

I. Einführung	2005
1. Was ist Mediation?	2005
2. Vor- und Nachteile der Mediation	2006
II. Mediation als Gestaltungsmittel in letztwilligen Verfügungen	2006
III. Mediationsverfahren	2008
1. Abschluss des Verhandlungsvertrags	2008
2. Ermittlung der subjektiven Situation jedes Beteiligten	2008
3. Ermittlung der objektiven Situation	2009
4. Verhandlung und Lösung	2009
5. Vergleichsabschluss	2009
IV. Kosten	2010

Teil 6 Erbchaft- und Schenkungsteuerrecht

§ 37 Mandat vor dem Erbfall: Steuerprophylaxe (Gluth)

I. Überblick	2016
1. Ziele der Nachfolgeplanung	2016
2. Erbchaftsteuerreform und Verfassungsrecht	2017
3. Erbchaftsteuerrichtlinien 2011	2018
II. Vermögensstrukturanalyse als Ausgangspunkt: Bewertungsfragen	2019

III. Das Bewertungsrecht	2020
1. Allgemeines	2020
2. Bewertung des Grundvermögens	2020
3. Bewertung des Betriebsvermögens und von Anteilen an Kapitalgesellschaften	2031
4. Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens	2037
5. Bewertung sonstiger Vermögensgegenstände	2041
IV. Das Erbschaftsteuerrecht	2043
1. Grundzüge des Rechts seit der Erbschaftsteuerreform 2009	2043
2. Steuertarif und Freibeträge	2043
3. Verschonungsregeln für Immobilien	2046
4. Verschonungsregeln für Betriebsvermögen	2053
V. Wahl der richtigen Vermögensstruktur	2072
1. Vermögensanlage in Immobilien	2072
2. Gesellschaftsrechtliche Gestaltungen	2073
3. Vorbereitung auf den Verwaltungsvermögenstest	2075
4. Kulturgut	2076
5. Vermögensverlagerung ins Ausland	2077
6. Unternehmensvermögen im Ausland	2077
VI. Gestaltung des persönlichen Lebensbereichs	2077
1. Heirat und ehelicher Güterstand	2077
2. Eintragung der Lebenspartnerschaft	2078
3. Adoption	2078
4. Steuerflucht?	2078
VII. Vorweggenommene Erbfolge	2078
1. Mehrfache Ausnutzung der Freibeträge durch zeitliche Staffelung	2078
2. Verteilung von Zuwendungen und Generationensprung	2079
3. Dreiecks- und Kettenschenkung	2080
4. Gelegenheitsgeschenke	2081
5. Zuwendungen für Unterhalt und Ausbildung	2081
6. Schenkung unter Nießbrauchsvorbehalt	2081
7. Erhalt der Steuerklasse I	2083
8. Mittelbare Grundstücksschenkung	2084
9. Mittelbare Schenkung von Hausrat und anderen beweglichen körperlichen Gegenständen	2085
10. Familienheim	2085
11. Gestaltungen mit dem Güterstand	2086
12. Gemeinschaftskonten und -depots	2089
13. Schenkung der Schenkungsteuer	2091
14. Schenkung der Schenkungsnebenkosten?	2091
15. Zuwendungen mit Lebens- und Rentenversicherungen	2092
VIII. Steuergünstige Gestaltungen im Testament	2094
1. Optimierung des Berliner Testaments	2094
2. Vor- und Nacherbfolge	2097
3. Generationensprung	2099
4. Vermächtnisregelungen	2100
5. Ausgleich der Steuerbelastung	2104

§ 38 Mandat nach dem Erbfall: Steueroptimierung

(Gluth)

Seite

I. Steuerliche Pflichten der Beteiligten	2105
1. Erbschaftsteuerliche Pflichten	2105
2. Anzeigepflicht nach § 153 Abs. 1 AO	2109
3. Nachträgliche Anzeigepflichten	2110
II. Möglichkeiten steuergünstiger Abwicklung	2111
1. Bewertungsfragen und Ausübung steuerlicher Wahlrechte	2111
2. Ausschlagung	2111
3. Zugewinnausgleich berechnen	2113
4. Geltendmachung des Pflichtteils	2115
5. Gestaltungen bei Geldvermächtnissen	2118
6. Erfüllung ungültiger letztwilliger Verfügungen	2118
7. Erlassantrag	2119
8. Gewinnrealisierung	2120
9. Stiftung	2120

§ 39 Internationales Erbschaftsteuerrecht

(Gluth)

I. Systemüberblick	2121
II. Doppelbesteuerungsabkommen	2122
III. Grundzüge des deutschen Internationalen Erbschaftsteuerrechts	2123
1. Persönliche Steuerpflicht	2123
2. Vermeidung von Doppelbesteuerung nach § 21 ErbStG	2128
IV. Gestaltungshinweise	2129
1. Wohnsitz und Staatsangehörigkeit	2129
2. Vorweggenommene Erbfolge oder Erbfall	2130
3. Umwandlung von Vermögen	2130
4. Schuldenzuordnung	2131
V. ABC der einzelnen Staaten	2131

Teil 7

Erbfall mit Auslandsberührung

§ 40 Besonderheiten bei Auslandsberührung

(Kindler/Kränzle)

I. Typische Sachverhalte und Beratungssituationen	2151
II. Neuerungen durch die EuErbVO im Überblick	2153
1. Erfasste Fälle	2153
2. Räumlicher Geltungsbereich	2153
3. Rechtliche Änderungen	2153
III. Funktion und Begriff des Internationalen Privatrechts	2156
IV. Grundbegriffe des IPR	2157
1. Anknüpfungspunkt und Anknüpfungsgegenstand	2157

2. Statutenwechsel	2157
3. Qualifikation	2157
4. Vorfrage	2158
V. Quellen des IPR	2160
1. EuErbVO	2160
2. Staatsverträge	2160
3. Autonomes deutsches Kollisionsrecht bis 16.8.2015	2162
4. Ausländisches Kollisionsrecht bis 16.8.2015	2166
VI. Anwendung ausländischen Rechts in der Praxis	2168
1. Amtsermittlungspflicht des Gerichts	2168
2. Einholung von Rechtsgutachten	2169
3. Revisibilität	2169

§ 41 Erbstatut

(Kindler/Kränzle)

I. Bestimmung des Erbstatuts bei Fehlen einer Rechtswahl	2170
1. Letzter gewöhnlicher Aufenthalt, Art. 21 Abs. 1 EuErbVO	2170
2. Anknüpfung nach der engsten Verbindung nach Art. 21 Abs. 2 EuErbVO	2178
3. Der gewöhnliche Aufenthalt in der testamentarischen Verfügung	2178
II. Bestimmung des Erbstatuts bei Rechtswahl	2179
1. Wählbares Recht	2179
2. Die Rechtswahl in der Beratungspraxis	2181
III. Umfang des Erbstatuts	2185
1. Geltungsbereich, Art. 23 EuErbVO	2185
2. Nachlassseinheit/Eingriffsnormen, Art. 30 EuErbVO	2186
3. Rückverweisung nach Art. 34 EuErbVO	2187
4. Ordre Public, Art. 35 EuErbVO	2188
5. Rechtsgeschäfte unter Lebenden auf den Todesfall	2190
6. Kommorienten, Art. 32 EuErbVO	2192
7. Fiskuserbrecht und Aneignungsrecht, Art. 33 EuErbVO	2192
8. Bestimmung und Anpassung des Erbstatuts bei Angehörigen einer eingetragenen Lebenspartnerschaft	2193
9. Ausgleich nach Ehegüterrecht	2195
10. Vererbung von Gesellschaftsanteilen	2201
11. Abgrenzung zum Sachstatut (insb. Vindikationslegat)	2205

§ 42 Verfügungen von Todes wegen und Formfragen bei Auslandsberührung

(Kindler/Kränzle)

I. Die Verfügung von Todes wegen	2209
1. Grundsätzliches	2209
2. Verfügungen von Todes wegen von mehreren Erblassern bzw. bezüglich mehrerer Beteiligter	2210
II. Das auf Formfragen anwendbare Recht	2214
1. Rechtsquellen	2214
2. Anknüpfung des Formstatuts von Testamenten und Erbverträgen ab dem 17.8.2015	2216

3. Überblick über ausländische Testamentsformen	2218
4. Zusammenfassende Checkliste für die Beratungspraxis:	2218

§ 43 Internationales Verfahrensrecht
(Kindler/Kränzle)

I. Das autonome internationale Verfahrensrecht	2220
1. Internationale Zuständigkeit	2220
2. Anerkennung und Vollstreckung	2222
II. Die internationale Zuständigkeit nach Art. 4 ff. EuErbVO	2223
1. Allgemeine Zuständigkeit, Art. 4 EuErbVO	2223
2. Weitere Zuständigkeiten	2224
3. Außergerichtliche Verfahrensbeendigung, Art. 8 EuErbVO	2227
4. Rügelese Einlassung, Art. 9 EuErbVO	2227
5. Forum necessitatis (Notzuständigkeit), Art. 11 EuErbVO	2227
6. Sonderzuständigkeit des Art. 13 EuErbVO für die Entgegennahme von Erklärungen . . .	2227
7. Zuständigkeit zur Erteilung eines ENZ, Art. 64 EuErbVO	2228
III. Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen nach Art. 39 ff. EuErbVO	2228
1. Anerkennungsversagungsgründe nach Art. 40 EuErbVO	2229
2. Vollstreckbarerklärung, Art. 43 ff. EuErbVO	2229
3. „Annahme“ ausländischer Urkunden, Art. 59 EuErbVO	2229
 Stichwortverzeichnis	 2231